Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 300. **Dienstag** den 27. October 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 9. November dieses Jahres** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 45. Verordnung, die am 1. December 1885 vorzunehmende Volkszählung betreffend, vom 10. September 1885.

Nr. 46. Bekanntmachung, Ausführungsvorschriften zu dem Reichsgesetze über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885, im Bereiche der sächsischen Heeresverwaltung betreffend; vom 14. September 1885.

Nr. 47. Verordnung, die Veranstaltung einer Ergänzungswahl für die II. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 2. October 1885.

Nr. 48. Verordnung, eine Abänderung der zu Ausführung des Gesetzes über die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier unter dem 10. September 1870 erlassenen Verordnung betreffend; vom 14. October 1885.

Leipzig, den 24. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Die am 19. dieses Monats zur Vermiethung versteigerten, im Erdgeschoß des alten Johannishospitales, Johannisplatz Nr. 8, befindlichen, zeither als Polizeiwache benutzten **Localitäten** sind an den **Höchstbietenden vermiethet** worden und es werden daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen **die übrigen Bieter ihrer Gebote** hiermit **entlassen**.

Leipzig, den 22. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Der Zutritt zur Galerie der Aula am 31. dieses Monats ist nur gegen Vorzeigung einer Eintrittskarte gestattet. Da der nur für Damen bestimmte Raum ein überaus beschränkter ist, so können zunächst nur die Damen der Docenten und zwar je mit einer Karte nach der Reihe der Anmeldung Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 27. October 1885.

Der Rector der Universität.
Windscheid.

Bekanntmachung.

Am 20. d. M. wurden an der vom Rosenthale nach dem Neuen Schützenhause führenden Elsterbrücke

ein schwarzer Taillen-Tuchrock,
ein Paar rindslederne Schaftstiefeln,
2 bunte Taschentücher,
eine Stahlbrille in Holzfutteral und
2 Schlüssel (anscheinend Haus- und Saalschlüssel)

aufgefunden, welche Gegenstände vermuthlich schon längere Zeit gelegen haben und von einem Ertrunkenen herrühren dürften.

Es werden deshalb hierdurch Diejenigen, welche diesbezügliche Wahrnehmungen gemacht oder Aufschluß über den Eigenthümer gedachter Gegenstände zu geben im Stande sind, ersucht, sich beim unterzeichneten Polizei-Amte zu melden und diese Sachen event. daselbst zu recognosciren.

Leipzig, den 24. October 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Michael.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erhaltener Anzeige zufolge:

1) eine goldene feingliedrige **Damenuhrkette** mit Quaste, ein goldener glatter **Ring** mit eingravirter Blume auf der oberen Fläche, ein goldener glatter **Ring**, gebrochen, „C. G." gravirt, und zwei goldene **Chemisettenknöpfe**, aus einer Wohnung in Nr. 38 der Petersstraße in den letzten vier Monaten;

2) 2 roth- und weißcarrirte **Bettüberzüge** und 2 desgl. **Kopfkissenüberzüge**, ein weißer **Bettüberzug** und 2 desgl. **Kopfkissenüberzüge** und 3 weiße **Betttücher**, sämmtlich „M. J." gezeichnet, ferner 14 weiße **Handtücher**, davon 2 „M. J." und 12 „M. K." gezeichnet, 6 neue **Taschentücher**, ein weißes **Tischtuch**, „M. J. Nr. 4" gezeichnet und ein glatter goldener **Trauring**, aus einer Wohnung in Nr. 41 der Reichsstraße seit August dis. Jrs.;

3) 18 **Stück** braungefärbte **Bockleder**, aus einem Locale in Nr. 10 der Katharinenstraße am 9. dis. **Mts.**;

4) eine **Weckuhr** in achteckigem **Messinggehäuse**, aus einer Böde in Nr. 4 der Uferstraße am 19. dis. Mts.;

5) ein altes **Dienst-Jaquet** von dunkelblauem Tuch, mit 2 Reihen Metallknöpfen und einem an der rechten Seite gerissenen Dreieck, in der Tasche ein graumollenes, mit weißen Fäden durchwirktes **Shawltuch**, aus dem Wärterhäuschen der Thüringer Bahn am Viaduct der Berliner Straße vom 20. bis 21. dis. Mts.;

6) ein Stück kirschrother **Plüsch**, 72 cm breit und 68 cm lang, durch Ausschneiden vom Sitze eines **Coupés** des Wagens I. Classe Nr. 203 der Magdeburger Bahn vom 20.—21. dis. Mts., und **2 messingene Mundstücke**, zu Gummischläuchen gehörig, 4 und 3 cm stark und 10 cm lang, durch Abschneiden von den Schläuchen, aus einer Bretenbude des Magdeburger Bahnhofs vom 15. bis 18. dis. Mts.;

7) ein **Koffer** mit **Kleidungsstücken**, 30 Kilogr. schwer, gezeichnet „V. II 100", vom Güterboden der Thüringer Bahn am 22. dis. Mts.;

8) eine neue **Säge**, **2 Spaten**, **2 Schippen** und **2 Radehacken**, aus dem Hofraume eines Grundstücks der verlängerten Parkstraße und bez. aus der daselbst im Bau begriffenen Schleuße vom 22. bis 23. dis. Mts. Nachts;

9) eine alte goldene **Damen-Cylinderuhr** mit gravirter Rückseite und wappenähnlichem Schildchen, aus einer Wohnung in Nr. 4 des Ranstädter Steinwegs, am 23. dis. Mts. Nachmittags.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 26. October 1885.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. S.

Nichtamtlicher Theil.

Der Empfang der Delegationen in Wien.

Endlich liegt eine amtliche Erklärung von maßgebender **Stelle vor über die Stellung, welche die Centralmächte der ostrumelischen Frage gegenüber einnehmen. Der Kaiser von** Oesterreich hat am 24. October Das gesagt, was er in der Thronrede bei Eröffnung des Reichsrathes am 26. September verschwiegen hat, daß der Besuch des russischen Kaiserpaares in Kremsier ein werthvolles Zeichen der Fortdauer des engen und vertrauensvollen Verhältnisses zwischen den Herrschern der drei großen Nachbarreiche war. Ferner hat er sich ausgesprochen über die Absicht der österreichischen Regierung, im Verein mit den übrigen Signatarmächten des Berliner Vertrages in den Gebieten des Balkans die gesetzliche Ordnung wiederherzustellen, deren unerwartete Verletzung für die Ruhe und Wohlfahrt der dortigen Völker ernste Gefahren heraufbeschwöre. Diese Erklärungen lassen an Friedlichkeit und Unverfänglichkeit nichts zu wünschen übrig und sie gewinnen besonders dadurch an Werth, weil die Forderungen für militairische Zwecke sich auf die Verbesserung der Lage der unteren Officierschargen und der Cadetten sowie auf die Entwickelung der Marine zum Zweck der Küstenvertheidigung beschränken. Die Mobilisirung der in Bosnien und der Herzegowina stehenden Truppen ist nicht nur nicht beabsichtigt, sondern es ist sogar die weitere Verminderung derselben in Aussicht genommen.

Jetzt wissen wir also, daß Rußland und Oesterreich mit Deutschland über Wiederherstellung des status quo in Ostrumelien einverstanden sind und daß die übrigen Mächte ihre Mitwirkung zugesagt haben, um den durch Verträge gewährleisteten Rechtszustand als Grundlage des Friedens und der Ordnung aufrecht zu erhalten. Zwei Tage vor dem angekündigten Zusammentritt der Conferenz in Konstantinopel war das die erste authentische Mittheilung über das nunmehr gewonnene Einverständniß der Mächte, das bis vor wenigen Tagen noch gänzlich ungewiß war. In Oesterreich-Ungarn war man zu Anfang dieses Monats noch sehr abweichender Meinung, denn der ungarische Ministerpräsident Tisza sprach von der Herstellung des gestörten Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel und von dem Vorbehalt der Handlungsfreiheit für Oesterreich-Ungarn daselbst, falls die Bemühungen, den Frieden aufrecht zu erhalten, scheitern sollten. Zwischen dieser Erklärung und der kaiserlichen Antwort auf die Ansprachen der Präsidenten der Delegationen liegen drei Wochen, und die Antwort des Kaisers beweist, daß sich innerhalb dieser Zeit ein vollständiger Umschwung der Lage vollzogen hat.

Bei Eröffnung des Reichsrathes hüllte sich der Kaiser in Schweigen, sowohl über die Begegnung in Kremsier als auch über die Ereignisse in Ostrumelien, offenbar nicht lediglich aus dem Grunde, weil er diese Angelegenheiten für den Empfang der Delegationen aufsparen wollte, sondern weil die Zeit für eine Mittheilung von höchster Stelle noch nicht reif war. Damals schwebten Unterhandlungen von Macht zu Macht, welche ganz verschiedene Auffassungen der Sachlage zu Tage förderten und an dem Berliner Frieden so stark rüttelten, daß er längere Zeit in Gefahr schwebte, einer neuen Ordnung der Dinge weichen zu müssen, welche nur durch ungeheures Blutvergießen aufgerichtet werden konnte. Die eindringlichen Vorstellungen des Leiters der deutschen Politik über die Folgen, welche die stillschweigende Genehmigung des in Philippopel geschehenen Rechtsbruchs nach sich ziehen müsse, haben jedoch ihren Eindruck in St. Petersburg und Wien nicht verfehlt, und da erst am 24. August, dem Tage der Kaiserbegegnung in Kremsier, das Einverständniß der drei Centralmächte Europas eine feierliche Bestätigung erhalten hatte, so wirkte die Kraft des in Skiernewice besiegelten Bündnisses so weit nach, daß die deutschen Rathschläge Gehör fanden und die Aufrechthaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel durch Wiederherstellung des status quo beschlossen wurde.

Aus den vorliegenden Anzeichen war zwar bereits vor einigen Tagen zu entnehmen, daß die Waagschale, welche den Frieden trug, im Sinken begriffen war, aber die Gewißheit, daß Rußland, Oesterreich und Deutschland einverstanden seien, hat erst die Antwort des Kaisers Franz Josef an den Grafen Falkenhayn und den Cardinal Haynald gebracht, eine Gewißheit, welche in Konstantinopel mit stolzer Genugthuung begrüßt worden sein wird. Denn man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die türkische Politik seit einem Menschenalter keinen ähnlichen Erfolg aufzuweisen hatte. So tapfer sich auch die Türken in den Jahren 1877 und 1878 gegen den russischen Ueberfall gewehrt haben, so endete der Krieg doch für die Türken mit einer erheblichen Einbuße an Land und an Macht. Die Wiedererstarkung des bis auf den Tod geschwächten Staatswesens wurde hauptsächlich durch den schlechten Stand der Geldverhältnisse verhindert, alle Reformversuche scheiterten theils an dieser unüberwindlichen Schwierigkeit, theils an der zähen Widerstandskraft, welche die am Ruder befindlichen Machthaber allen derartigen Bestrebungen entgegensetzten. Die preußischen Beamten und Officiere, welche die Aufgabe übernommen hatten, die türkische Civil- und Militairverwaltung umzugestalten, wissen davon ein Liedchen zu singen. Aber die Umsturzmänner in Philippopel hatten die inzwischen eingetretene Veränderung der europäischen Gesammtlage doch nicht richtig erkannt, oder sie hatten darauf gerechnet, daß die Macht der Thatsachen stärker sein würde, als alle geschriebenen und ungeschriebenen Abmachungen der Centralmächte untereinander. Hauptsächlich hatten sie ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß die türkische Regierung, ohne sich des Einverständnisses der Mächte zu versichern, zur Selbsthilfe schreiten würde, und daß diese die Abwehr der nächstbetheiligten Mächte Rußland und Oesterreich zur Folge haben werde. Die allgemeine Empfindung, welche sich in Europa nach der Nachricht von dem Staatsstreich in Philippopel geltend machte, war der Wunsch, daß die Pforte sogleich Befehl zum Einmarsch in Ostrumelien und zur Wiedereinsetzung Gavril Paschas geben sollte. Als dies nicht geschah, nahm man ziemlich allgemein an, daß die Partie für die Türkei verloren sei, und daß nun nicht nur die kleinen Balkanstaaten, sondern auch Rußland und Oesterreich dem Beispiel Ostrumeliens folgen würden.

Aber diese Rechnung war ohne den Fürsten Bismarck und den Sultan Abdul Hamid gemacht. Während jener mit der bewährten Klugheit und Festigkeit die Aufrechthaltung des Berliner Friedens betont, strengte Abdul Hamid alle verfügbaren Kräfte an, um die Widerstandsfähigkeit der Türkei im glänzendsten Lichte zu zeigen. Die Entfaltung der türkischen Streitkräfte ging Hand in Hand mit der diplomatischen Action, welche von Friedrichsruh aus in Bewegung gesetzt wurde. Schon 14 Tage nach der Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien hatte es die deutsche Politik erreicht, daß von der Herstellung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel nicht mehr die Rede war, sondern daß die Wiederaufrichtung des Zustandes vor dem 18. September das alleinige Ziel des Zusammenwirkens der Mächte sein könne. Die Türkei athmete auf, als die Botschafter am 14. October den Sultan wegen seiner Versöhnlichkeit beglückwünschten und zugleich dem Fürsten von Bulgarien das Mißfallen wegen seines ungesetzlichen Verhaltens aussprachen. Damit war der erste Schritt zur Wiederaufrichtung des status quo geschehen und es bedurfte nur noch der feierlichen Erklärung der Unterzeichner des Berliner Friedens, daß dieser Vertrag noch heute seine Geltung habe und daß jeder, der ihn störe, alle übrigen Mächte gegen sich haben werde. Glücklicherweise trifft diese Erklärung nur die Kleinen, befände sich eine Großmacht darunter, dann würde die Sache nicht so glatt abgegangen sein, wie es die Worte Kaiser Franz Josef's vom 24. October wahrscheinlich machen.

Leipzig, 27. October 1885.

* Der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung für das Jahr 1886/87 veranschlagt die Gesammt-Einnahmen auf 180,300,820 ℳ, um 10,075,020 ℳ mehr, als im laufenden Etat veranschlagt ist. Die fortdauernden Ausgaben beziffern sich auf 151,728,214 ℳ, das sind um 8,466,408 ℳ höher als im laufenden Etat, die einmaligen Ausgaben sind veranschlagt auf 4,835,215 ℳ, um 214,843 ℳ höher. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 23,737,391 ℳ, um 1,293,769 ℳ höher als im laufenden Etat. — Unter den dauernden Ausgaben weisen die Positionen für Unterbeamten einige Aufbesserungen auf. Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich die Positionen für Herstellung neuer Dienstgebäude in Küstrin, Celle, Bingen, Kreuznach und Wismar, sowie für den Um- und Erweiterungsbau in Stettin mit zusammen 536,850 ℳ als erste Bauraten, welche bereits für den laufenden Etat eingestellt, vom Reichstag aber abgelehnt worden waren. Die Wiedereinstellung wird damit motivirt, daß sich das Bedürfniß erheblich gesteigert und daß die Bauten ohne ernstliche Gefährdung der Sicherheit des Betriebes, der Interessen des Publicums und der Gesundheit der Beamten nicht mehr verschoben werden können. Außerdem werden neue Dienstgebäude beantragt für Stralsund, Ludwigslust, Werdau, Allenstein, Brieg, Sondershausen, sowie die Erwerbung von Grundstücken in Berlin und Landsberg a/W. mit zusammen 1,096,600 ℳ.

* **Aus Baden, 23. October, wird uns geschrieben:** „Die **Landtagswahlen**, welche gestern stattgefunden haben, sind, wie nach den am 9. October vorgenommenen Wahlmännerwahlen nicht anders zu erwarten war, für die **nationalliberale Partei glänzend ausgefallen** und haben derselben einen ganz erheblichen Zuwachs gebracht auf Kosten der Ultramontanen, Demokraten und Deutschfreisinnigen. Das Resultat ist ein ganz unerwartetes und für alle Parteien vollständig verblüffendes. War man doch vor dem 9. October auf ultramontaner und demokratischer Seite so siegesgewiß und auf liberaler Seite wenn auch nicht muthlos, so doch ohne Hoffnung auf Gewinn, glaubte man dort doch höchstens den Bestand erhalten zu können. Und nun trotz aller ultramontanen Anstrengungen, Wühlereien und Hetzereien, trotz ultramontan-demokratischer Bündnisse diesen glänzenden Sieg der nationalliberalen Partei! — Es waren im Ganzen 34 Abgeordnete zu wählen; 4 (Ersatz-) Wahlen finden erst in einigen Tagen statt. Von den hiernach zu besetzenden 30 Mandaten fielen 22 den Nationalliberalen, 6 den Ultramontanen und 1 den Demokraten zu. Im Wahlkreis Durlach ist eine Stichwahl zwischen dem ultramontanen Candidaten und dem bisherigen conservativen Abgeordneten Kirchenbauer, dem einzigen conservativen Vertreter in der badischen Kammer, erforderlich. Die nationalliberale Partei verlor keinen Sitz, eroberte aber zehn Mandate, und zwar nahm sie den Ultramontanen 7, den Demokraten 2 und den Deutschfreisinnigen 1 Mandat ab. — Die Ursachen dieses unerwarteten Erfolges sind nicht schwer zu ergründen und sind hauptsächlich in der Agitationsweise der Ultramontanen u. s. w. zu suchen. Die maßlosen, ganz offen von den ultramontanen Hetzern aufgestellten, das nationale Gefühl jedes Deutschen tief verletzenden Forderungen, die verschwommenen Ideen und unerfüllbaren Verheißungen der Demokraten und Fortschrittler haben die Wähler mehr und mehr stutzig gemacht; dieselben sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß das ruhige Schaffen der nationalliberalen Partei, das Fürliebnehmen mit dem Erreichbaren, das Festhalten an den großen Errungenschaften unserer letzten Vergangenheit besser und gedeihlicher für Land und Volk sei als die ewig verneinde Opposition und die Herrschaft der römischen Hetzer. Es kommt noch dazu, daß die Regierung Badens vollständig den liberalen Standpunct vertritt und daß diese Regierung sich des höchsten und wohlerworbenen Vertrauens des weitaus größten Theils der Bevölkerung erfreut. Dieses Vertrauen hat in den eben vollzogenen Wahlen lebhaften Ausdruck gefunden, und das durch dieselben nunmehr erzielte bedeutende Uebergewicht der nationalliberalen Partei in der badischen Kammer bürgt dafür, daß die Geschicke des Landes auch ferner in nationalem Sinne, in maßvoller, ruhiger, gedeihlicher Weise geleitet werden. Die nationalliberale Partei hat jetzt eine Majorität von über zwei Drittel. Die noch ausstehenden 5 Wahlen werden den Nationalliberalen voraussichtlich noch 2 bis 3 Mandate bringen. — Bemerkenswerth aus den Wahlkämpfen ist die Wahl in Offenburg-Stadt, wo trotz der brüderlichen Vereinigung von Ultramontanen und Demokraten doch der liberale Candidat siegte. Bemerkenswerther ist noch die Wahl in Lörrach, wo der deutschfreisinnige Pflüger dem nationalliberalen Candidaten unterlag. Bei der Wahl im Jahre 1881 erhielt Pflüger 101, der nationalliberale Dreher 6 Stimmen, bei der letzten Wahl Pflüger 54, Dreher 59. Mit Pflüger scheidet der einzige Vertreter der deutschfreisinnigen aus der badischen Kammer."

* Der **polnische Rechtsschutzverein**, der sich 1884 in **Posen** zu dem Zwecke bildete, alle Beeinträchtigungen polnischer Staatsbürger auf religiösem, nationalem und politischem Gebiete zu verfolgen und zu bekämpfen, ist bereits auf 300 Mitglieder angewachsen und hat im ersten Vereinsjahre eine Einnahme von 5200 ℳ gehabt, während sich die Gesammtausgaben auf 3154 ℳ beliefen. Der Verein hat in nicht weniger denn 314 Fällen eingegriffen: bei 88 Schulangelegenheiten, 9 Kirchenangelegenheiten, 23 Wahlangelegenheiten, 63 Ausweisungsangelegenheiten und 131 verschiedenen Vereinsangelegenheiten, welche die Aenderung von Ortschafts- und Familiennamen, die Beschränkung des öffentlichen Gebrauchs der polnischen Sprache u. A. betrafen. An der Spitze des Vereins stehen die Rittergutsbesitzer J. v. Jarochowski, C. v. Parczewski und Ludwig von Gelle.

* Seit einigen Jahren häufen sich in **Ungarn** die Klagen, daß der Unterricht in den **magyarischen Gymnasien und Realschulen** nur ganz geringe Resultate aufweise. Im Jahre 1884 wurde im „Nemzet" eine Reihe von Berichten derjenigen Schulinspectoren veröffentlicht, welche die Abiturientenprüfungen an den Mittelschulen zu überwachen hatten. Uebereinstimmend constatirten diese Berichte die äußerst mangelhaften Leistungen, welche im Latein und in der deutschen Sprache hervorgetreten waren. So konnte z. B. der königl. Commissar in dem reindeutschen Oedenburg die deutschen und lateinischen Arbeiten „nur bei großer Nachsicht einigermaßen genügend finden". Ein anderer Commissar klagte: „Wahrhaft überraschend war die Unbewandertheit vieler Schüler im Gebrauch der deutschen Sprache. Viele Arbeiten waren voll von bis zur Unverständlichkeit fehlerhaften Ausdrücken und Wendungen. Schon zeigen sich auf Schritt und Tritt die Wirkungen der Vernachlässigung der modernen Sprachen und insbesondere des nachlässigen Unterrichts in der deutschen Sprache". Ein dritter Regierungsvertreter schrieb: „Bedeutend war die Zahl solcher Schüler, welche nicht einmal die elementarsten Formen im Lateinischen treffen konnten. Aehnlich skandalös war auch die Unbewandertheit in der deutschen Sprache. Es scheint, als verfolge die öffentliche Meinung diese beiden am erfolgreichsten". In diesem Jahre war in Pest ein Congreß ungarischer Schulmänner versammelt, um über die Fehler und Gebrechen der Mittelschulen gegenseitig Erfahrungen auszutauschen. Wiederum klagte man allgemein über die theilweise Erfolglosigkeit des Unterrichts in den Gymnasien und Realschulen und es wurde constatirt, daß die jungen Leute, welche das Gymnasium oder die Realschule absolvirt haben, in den meisten Fällen kaum im Stande sind, in ihrer Muttersprache fließend zu concipiren, vom Deutschen nicht viel verstehen und die anderen fremden Sprachen — antike wie moderne — nur von weitem kennen gelernt haben. Die Zöglinge verlassen die Anstalten, ohne von den humanistischen und realen Studien an den Gymnasien und Realschulen sonderlich viel profitirt zu haben und ohne für die Hochschule, wo das eigentliche Fachstudium beginnen soll, genügend vorbereitet zu sein. Dieses vernichtende Urtheil, das von Fachmännern ausgeht, lautet freilich ganz anders, als die Reden des Unterrichtsministers Trefort, der bei jeder Gelegenheit die Resultate der ungarischen Unterrichtsverwaltung preist. Es rächt sich jetzt jene Maßregel der ungarischen Regierung, welche nach 1867 Hunderte von tüchtigen deutschen Lehrern, die sich nicht magyarisiren wollten oder nicht schnell genug die magyarische Sprache aneignen konnten, ihrer Stellung an den ungarischen Mittelschulen enthob und ins Elend trieb, um Platz für magyarische Lehrer zu schaffen, die nur ganz ungenügend für ihren Beruf vorgebildet waren.

* Man schreibt uns aus **Warschau, 24. October:** „Seitens der Regierung ist hierselbst vor einiger Zeit eine Commission eingesetzt worden, welche sich mit der **Vorberathung der Revision des Gesetzes für die Juden auf den Dörfern zu befassen hat.** Das Bestehen dieser Commission wurde geflissentlich sehr geheim gehalten, bis es nun endlich gelungen ist, ihr auf die Spur zu kommen. Der Regierung mag das sehr unangenehm sein, denn sie hat sich veranlaßt gesehen, durch die Zeitungs-Censur den Redactionen hiesiger Blätter streng zu verbieten, hierüber irgend eine Mittheilung zu machen; auch ist eine umfassende Untersuchung eingeleitet, um Diejenigen, welche die Nachricht über das Bestehen jener Commission verbreitet haben, ausfindig zu machen und zur Verantwortung heranzuziehen."

* **Aus guter Quelle** erhält ein bulgarischer Correspondent der „**Kölnischen Zeitung**" folgende Mittheilungen über die Vorgeschichte und den Grund der **Haltung Serbiens** gegenüber der **rumelischen Frage**. Als die Bewegung in Rumelien ausbrach, besuchte König Milan auf der Rückreise nach Serbien in Wien den Ministerpräsidenten Grafen Kalnoky. Dieser fand sich durch die Vorgänge in Rumelien aufs Unangenehmste berührt und glaubte sich vom Fürsten Alexander und von anderer Seite hintergangen; er fürchtete, seinen Einfluß auf Serbien geschwächt zu sehen, und sprach sich daher günstig über die Politik einer Entschädigung für Serbien aus, gab vielleicht auch darauf bezügliche bestimmte Versprechungen. Nach Belgrad zurückgekehrt, fand König Milan am österreichischen Gesandten Grafen Khevenhüller einen entschiedenen Rückhalt für seine Ansprüche. Khevenhüller, ein erklärter Feind des Panslawismus, der gewohnheitsmäßig überall die Hand der Russen im Spiele sieht, glaubte augenscheinlich, daß auch die Erhebung in Rumelien das Werk Rußlands sei, und arbeitete dahin, Serbien zu bulgarenfeindlichen Unternehmungen aufzuhetzen, zu welchem Zwecke er sogar ein Darlehn von 14 Millionen durch die Länderbank zuwege brachte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Khevenhüller, der von Natur etwas ungestüm ist, über die Weisungen Kalnoky's hinausging. Diese Politik, die auf große Hindernisse stieß und auch in Berlin mißbilligt wurde, brachte Kalnoky, der seine eigenen oder die durch Khevenhüller den Serben gegebenen Versprechungen nicht erfüllen konnte, in mißliche Lage. Der österreichische Einfluß in Serbien mußte darunter leiden; zugleich aber warfen die Bulgaren dem Minister vor, ein doppeltes Spiel getrieben zu haben, welcher Vorwurf dazu beitrug, die diplomatische Thätigkeit Oesterreichs in Serbien abzuschwächen.

* Ueber die **Lage in Griechenland**, welche andauernd zu großen Besorgnissen Anlaß giebt, wird der „Politischen Correspondenz" aus **Athen**, 18. October, geschrieben:

Wie bereits erwähnt, war für den letzten Sonntag eine große Volksversammlung in der Hauptstadt anberaumt, welche eine Demonstration für eine kriegerische Action Griechenlands beschließen sollte. Dieselbe fand unter kolossaler Betheiligung — es dürften über 10,000 Personen anwesend gewesen sein — auf dem Constitutionsplatze statt und nahm eine entsprechende Resolution an das Volk, die Regierung und den König an. In den Abendstunden zog die Menge vor das Haus des Cabinetspräsidenten Delyannis, welcher die kriegerischen Rufe derselben mit einer Ansprache beantwortete, in der er bereits für den nächsten Tag die Publication des Decretes, betreffend die allgemeine Mobilisirung und die Einberufung von drei weiteren Altersclassen der Reserve, ankündigte, sowie die Mittheilung machte, daß in den nächsten Tagen bereits 60,000 Mann unter den Fahnen stehen würden. Allgemeine Freude hat es erregt, daß der König noch am selben Abende die an ihn gerichtete Resolution des Meetings von seinem Landsitze aus mittelst folgenden an den Minister des Innern gerichteten Telegrammes beantwortete:

„Herr Minister! Ich erhielt Ihr Telegramm, sowie die patriotische Resolution der Volksversammlung in der Hauptstadt. Ich bitte, der ganzen Bevölkerung derselben meine Freude über die spontane Aeußerung ihrer Gefühle und ihrer Bereitwilligkeit, anläßlich der gegenwärtigen Zustände jedes Opfer zu bringen, auszudrücken. Gleich-

SLUB
Wir führen Wissen.